

Parteien auf dem Prüfstand

Vor der Bundestagswahl 2017 hatte der Landesverband der Freien Berufe Sachsen die sächsischen Vertreter der Parteien zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Darin ging es insbesondere um die Themen Freiberuflichkeit, EU-Deregulierung, Dienstleistungsbinnenmarkt, Verbraucherschutz und soziale Sicherung. Alle Gäste betonten, dass Freiberufler, wie Ärzte, Architekten, Anwälte oder Steuerberater, die Wirtschaft wesentlich stützen und eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben. Die Freien Berufe stünden für Qualität, Verbraucherschutz und Regelkonformität.

EU-Deregulierung

In Bezug auf die Deregulierungsbestrebungen der Europäischen Union (EU) herrschte erstaunlicherweise Einmütigkeit: Die Deregulierung dürfe nicht zu einem Absenken der Qualitätsstandards in Deutschland führen, die Unabhängigkeit müsse gewährleistet bleiben und die Berufszugangsregelungen dürften im Sinne des Verbraucherschutzes nicht weiter abgesenkt werden. Letztendlich habe sich das deutsche System der Freien Berufe bewährt und sollte unangetastet bleiben.

Weiterentwicklung der EU

Die Frage, wie sich die Gäste die Weiterentwicklung der EU vorstellen, beantworteten fast alle damit, weniger Eingriffe zuzulassen und keine weiteren Kompetenzen an die EU abzugeben. Das Vertrauen der Bürger dürfe mit Blick auf den Brexit nicht weiter beschädigt werden. Probleme im Institutionengefüge müssten gelöst und der Integrationsprozess fortgesetzt werden. Ohne eine mehrheitliche Akzeptanz würde die EU nicht überleben, wurde betont. Mit Blick auf die chinesische Konkurrenz sei ein Binnenmarkt ein wesentlicher Punkt. Bis auf die AfD sprachen sich alle Gäste für den Ausbau und die Weiterentwicklung der EU aus.

Soziale Sicherungssysteme

Bei dem Thema soziale Sicherungssysteme gab es mehr Kontroversen.



In der Diskussion waren vertreten (v.l.): Dr. Gerd Lippold (Bündnis 90/Die Grünen); Nico Brünler (Die Linke), Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik; Frank Heidan (CDU), Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit, Wirtschaft und Verkehr; Hans-Joachim Kraatz, Präsident des LFB Sachsen; Antje Hermenau, Moderatorin und ehemalige Landtagsabgeordnete; Henning Homann (SPD), stellv. Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; Dr. Kirsten Muster (AfD), stellv. Fraktionsvorsitzende; Mike Hauschild (FDP) © SLÄK

So verteidigten die Vertreter der Freien Berufe, wie auch die CDU und FDP, das solidarische Rentenversicherungssystem aus privat und gesetzlich, da es sich seit über hundert Jahren bewährt habe. SPD, Linke und Grüne plädieren dagegen für eine Bürgerversicherung, um ungefähr zehn Millionen Menschen in Deutschland auch im Alter abzusichern, für die es derzeit keine Alterssicherung gäbe. Man wolle die Altersarmut in ähnlicher Weise bekämpfen, wie in Österreich. Dort sei eine einheitliche Regelung gefunden worden, ohne die bisher privat Versicherten schlechter zu stellen. Von Enteignung, wie es die CDU formuliere, könne dabei keine Rede sein, denn es würde Übergangsfristen geben, um erworbene Rentenansprüche zu garantieren. Die AfD strebt dagegen eine ausschließlich private Regelung an,

wobei auf Grund fehlenden Fachwissens hier noch keine endgültige Position eingenommen wurde. Zuletzt sollten alle Parteivertreter das Renteneintrittsalter in zehn Jahren nennen. Alle bleiben bei 67 Jahren. Allerdings sollte es keine starren Grenzen, sondern branchenspezifische Regelungen geben.

Wahlergebnis

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl wird sich nun zeigen, wie die CDU mit ihren neuen Koalitionspartnern ihre Ziele erreichen will. In einer Jamaika-Koalition dürften die Punkte EU, Obergrenze sowie Renten- und Krankenversicherung zu großen Kontroversen führen.

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit